

Nachdem der Dringlichkeitsantrag von Seiten der Kooperation begründet wurde, erläutert die Verwaltung die Erlasslage und Entwicklungen. Da noch nicht alle Gegebenheiten im Zusammenhang mit der Einführung des Deutschlandtickets für Schülerinnen und Schüler geklärt werden konnten, empfiehlt die Verwaltung zwei Vorbehalten (im Beschluss mit Aufzählungszeichen eingefügt) aufzunehmen.

Die UWG-Fraktion appelliert an die Verwaltung, in den Verhandlungen mit der Aufgabenträgerin klar- und sicherzustellen, dass man die Option hat, wenn die Kosten erhöht werden, man wieder auf das alte Modell zurückgreifen kann. Dies ist auch das Ziel der Verwaltung.

Der ergänzte Beschlussvorschlag wird sodann zur Abstimmung gebracht.